

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2477

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2477



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 15. 3. 2020

Inhalt

Wir decken auf und suchen Lösungen	2
14.3.2020, Hanspeter Amstutz	2
Stadtrat drückt sich vor Antworten.....	3
Zürcher Oberländer 7.3.2020, Bezirk Hinwil, Andreas Kurz.....	3
Parlament will von Schulpräsident alle Antworten zur Sek C	5
Zürcher Oberländer 11.3.2020, Bezirke Hinwil und Pfäffikon, Andreas Kurz	5
Wie ich vom «Revoluzzer» zum «Konservativen» (gemacht) wurde!	6
Condorcet Bildungsblog 8. Mai 2019, Alain Pichard	6
Integrativer Unterricht.....	7
12.3.2020, Offener Brief von Hans-Peter Köhli	7
«Es gibt keine echte Integration»	10
NZZ 6.3.2020, Zuschriften	10
Aus der Froschperspektive	12
NZZ 9.3.2020, Leserbrief von Hanspeter Amstutz	12
Rückblick «Deutsche Sprache als Grundlage allen Lernens».....	13
Medienmitteilung 12.3.2020. Starke Volksschule Zürich, Timotheus Bruderer.....	13
Kinder brauchen ein tägliches Bad in der Sprache.....	14
Tages-Anzeiger 9.3.2020, Debatte, Gastbeitrag von Hanspeter Amstutz	14
Abstriche mit fatalen Auswirkungen.....	15
Tages-Anzeiger 14.3.2020, Leserbrief	15
Neue linke Massnahme auf Kosten von Schweizer Schülern	15
Zürcher Bote 6.3.2020, Winterthur, Tobias Infortuna	15
Frühe Frauenemanzipation.....	17
Journal21, 7.3.2020, Carl Bossard	17
Veranstaltungshinweise (Veranstaltungen abgesagt)	19
25. März 2020: Der schiefe Turm von Pisa – Schüler und Lehrer im (Test-)Stress	19
9. Mai 2020: Time for Change III: Balsam für die Lehrerseele	20



Wir decken auf und suchen Lösungen

14.3.2020, Hanspeter Amstutz

Für einmal begeben wir uns mit unserem Newsletter direkt aufs politische Glatteis.

Nicht nur in der Nordwestschweiz, auch im Zürcher Oberland kann Bildung die Gemüter bewegen. So hat das Parlament der Stadt Wetzikon letzte Woche verlangt, der Stadtrat müsse einen überparteilich eingereichten Vorstoss mit Fragen zu Strukturänderung der Oberstufe vollständig beantworten. Was war passiert? Die alte Schulpflege Wetzikon hatte vor zwei Jahren ohne vorausgegangene offene Diskussion beschlossen, die beiden kleinen Klassen der Sekundarschule C abzuschaffen und die Schüler in die B-Klassen zu integrieren. Begründet wurde der Beschluss mit dem Argument, dass die aufgestuften Schüler nun bessere schulische Chancen hätten und die Lehrerschaft fast geschlossen hinter der Strukturänderung gestanden habe. Doch das stimmte offensichtlich nicht und sorgte für anhaltende Unruhe.

Kabinettpolitik im Halbdunkeln passt nicht zur öffentlichen Schule

Rechtlich war der damaligen Schulpflege nichts vorzuwerfen, denn Strukturentscheide fallen in ihre Kompetenz. Doch wie sie das getan hat, kam bei vielen Parlamentsmitgliedern ganz schlecht an. Schliesslich wollten mehrere Gemeinderäte von links bis rechts mit 13 konkreten Fragen Licht ins Dunkel der unwürdigen Geheimniskrämerei bringen. So wurde auch gefragt, weshalb die Schulpflege im Gegensatz zu anderen Gemeinden keinen öffentlichen Informationsabend veranstaltet habe.

Dem Stadtrat, der die Fragen beantworten sollte, war das Ganze offenbar äusserst unangenehm. Seine Antwort glich dem Paradebeispiel eines Ausweichmanövers. Doch der Erstinitiant, Timotheus Bruderer, hat sich das nicht bieten lassen und über die Parteigrenzen hinweg eine Allianz für mehr Transparenz zustande gebracht. Man darf gespannt sein, wie es nun weitergeht und was die betroffene Lehrerschaft dazu meint.

Sicher kann man in schulpolitischen Fragen in vielen Bereichen ganz unterschiedlicher Meinung sein. Da fliegen manchmal auch die Fetzen. Eines aber geht gar nicht: Die Öffentlichkeit umgehen, um einen umstrittenen Entscheid besser durchdrücken zu können. Die Lehrerschaft andererseits ist aufgefordert, ihre Positionen in der nicht immer reinen Luft der Politik mutiger zu vertreten. Geben wir deshalb Lehrerinnen und Lehrer volle Rückendeckung, wenn sie aufstehen und es wagen, mit überzeugenden Argumenten zugunsten einer kindgerechten Schule zu kämpfen!

Löst unabhängiges Denken bereits Panik aus?

Einen geradezu atemraubenden Einblick in die Schulpolitik gibt uns Alain Pichard in seiner Lehrer-Biografie. Was der Autor schreibt, zeigt ein Stück moderner Schulgeschichte aus der Sicht eines Direktbetroffenen. Wir erleben hautnah mit, wie er in den Augen seiner Kritiker vom linken Schulrevoluzzer zum scheinbar konservativen Pädagogen wurde. Wie auch das Urteil über ihn ausfiel, stets leitete ihn ein innerer Kompass. Für den Autor wegleitend war die Frage, welche Art Bildung den Schülerinnen und Schülern wirklich weiterhilft und längerfristig prägend ist. Wenn dieser „pädagogische Revoluzzer“ heute zentrale Bildungswerte verteidigt und dabei das Etikett „rückwärtsgewandt“ erhält, fragt man sich schon, ob unabhängiges und kritisches Denken bereits Panik im Bildungsestablishment auslöst.

Zum Glück mehren sich die Zeichen, dass kritisches Denken in Bildungsfragen nicht länger mit mangelnder Bereitschaft zu schulischer Erneuerung gesehen wird. Zeitungen geben Kritikern der überzogenen schulischen Integration wieder Raum und Leserbriefschreiber können über die gescheiterte Umsetzung in den Regelklassen berichten. Wir haben für Sie einige dieser ausgezeichneten Beiträge gesammelt.



Deutschförderung ist ein Kernauftrag der Volksschule

Seit dem schlechten Abschneiden fast der Hälfte der Schulabgänger bei den nationalen Tests im Fach Deutsch sehen sich auch die Sprachen-Turbos in einer wenig komfortablen Lage. Eigentlich müssten die für das Debakel Verantwortlichen jetzt erklären, wie das frühe Lernen dreier Sprachen doch noch gelingen könnte. Doch bisher hörte man nichts, was Mut machen würde.

Ganz anders war dies beim spannenden Vortrag von Marianne Wüthrich und Urs Kalberer in Zürich über die Bedeutung der Deutschförderung im Unterricht. Die beiden zeigten auf, wie ein solider Erwerb der Erstsprache aussehen kann und welche zentrale Rolle der Sprachförderung in den Realienfächern zukommt. Anhand von zusammenhängenden Beispielen mit Kompetenzziele wurde klar ersichtlich, wie wenig strukturiert und sprunghaft der ganze sprachliche Aufbau beim neuen Lehrplan erfolgt. Sie finden in dieser Ausgabe eine kurze Zusammenfassung des informativen Abends der Starke Volksschule Zürich und einen weiteren Beitrag zum Kernauftrag der Deutschförderung.

Mädchenförderung von unerwarteter Seite

Den versöhnlichen Abschluss macht diesmal Carl Bossard mit seinem geschichtlichen Exkurs über die Bedeutung der „Schwarzen Schwestern“ von Menzingen. Wer nicht besondere schulgeschichtliche Kenntnisse der katholischen Landgebiete der Schweiz besitzt, wäre wohl kaum auf die Idee gekommen, dass diese engagierten Lehrschwestern nach der Mitte des 19. Jahrhundert bis weit ins 20. Jahrhundert hinein viel für die Bildungschancen der Mädchen und der jungen Frauen taten. Und aus heutiger Sicht fragt man sich, wie sie dies unter äusserst schwierigen materiellen Verhältnissen überhaupt schafften.

Wählen Sie aus, was Ihnen gefällt. Die Palette ist breit und die Farben sind kräftig.

Viel Vergnügen!

Für die Starke Volksschule Zürich

Hanspeter Amstutz

Stadtrat drückt sich vor Antworten

Zürcher Oberländer 7.3.2020, Bezirk Hinwil, Andreas Kurz

Wetzikon • Gemeinderat Timotheus Bruderer stört es, dass der Stadtrat gewisse Fragen zur Aufhebung der Sek C nicht beantworten will.

Es ging für einmal ziemlich schnell. Im November 2017 wurden die Lehrer der Sekundarschule Wetzikon über die Pläne zur Aufhebung der Sek C informiert. Nur zweieinhalb Monate später war das bereits beschlossene Sache: Die Sekundarschulpflege folgte einem Antrag der Schulleiterkonferenz. Seit dem Sommer 2018 sind die Sek-C-Klassen in Wetzikon Geschichte. So schildert es SVP-Parlamentarier Timotheus Bruderer in einem Vorstoss.

Für Bruderer ist die Sache damit aber noch längst nicht abgeschlossen. In einer Interpellation stellt er den Stadtrat zur Rede. Unter anderem will er von ihm wissen, weshalb der Beschluss damals nicht publiziert wurde oder warum es die damalige Schulpflege nicht für notwendig hielt, den Elternrat in den Entscheid miteinzubeziehen. Zudem erkundigt er sich, ob sich die Anzahl der Fälle von überforderten Lehrpersonen seit der Aufhebung der Sek C verändert hat.



Behörde existiert nicht mehr

Doch darauf geht der Stadtrat in seiner Antwort überhaupt nicht ein. Seine Begründung: Die Fragen richteten sich an die Sekundarschulpflege und somit an eine ehemalige Behörde. Diese existiere seit der Fusion zur Einheitsgemeinde nicht mehr, weshalb diese Fragen nicht beantwortet werden könnten.

Dies wiederum ärgert Bruderer. «Der Stadtrat drückt sich um die Beantwortung dieser Fragen», sagt er. «Das ist für mich höchst fragwürdig, wenn nicht skandalös.» Jede Behörde, auch eine aufgelöste, verfüge über ein Archiv. Zumindest Sitzungsprotokolle sollten existieren, meint Bruderer. Es sei unglaublich, dass das Wissen für die Beantwortung dieser Fragen nicht mehr vorhanden sei.

Zweifel am Schulmodell

Dazu komme, dass die damalige Sekundarschulpflege durch Jürg Schuler (FDP) präsidiert worden sei, «dem für die Beantwortung dieser Interpellation politisch zuständigen Stadtrat». Weitere vier Mitglieder, die in der mittlerweile fusionierten Schulpflege vertreten sind, waren laut Bruderer zudem bereits in der damaligen Behörde aktiv. Durch seine Nichtbeantwortung erschwere der Stadtrat die Möglichkeit für eine fundierte Auseinandersetzung mit dem Entscheid, kritisiert Bruderer. Viele Fragen blieben offen. Der Stadtrat sei offenbar nicht gewillt, die Schulpflege zu einer seriösen Reflexion über ihren früheren Entscheid anzuhalten.

Bruderer hegt Zweifel am integrierten Modell. «Was nützt ein Schulmodell, das zu mehr Unruhe in den Klassenzimmern führt, die Lehrer überfordert und die schwachen Schüler frustriert?», fragt er. Es sei unbestritten, dass die Schulen – auch jene in Wetzikon – ein ernsthaftes Problem mit der Bildungsqualität hätten. Die Ergebnisse der Pisa-Studie würden dies belegen.

Keine Überforderung

Der Stadtrat schreibt in der Antwort, eine allfällig notwendige Unterstützung von Schülern sei zum heutigen Zeitpunkt in allen Abteilungen gewährleistet. Diese erfolge etwa durch zusätzliche Lektionen für Halbklassenunterricht, Team-Teaching oder mehr Mittel für die Heilpädagogik.

Zum heutigen Zeitpunkt seien der Schulpflege keine Fälle von Überforderung von Lehrpersonen der Sek-B-Klassen bekannt. Für Aussagen zur Förderung von Schülern mit C-Niveau in B-Klassen sowie zur Frage, wie sich das neue Modell auf die Berufswahl der Schüler auswirke, sei es noch zu früh.

Nur Beschlussprotokolle

Schulpräsident Jürg Schuler weist ausserdem darauf hin, dass Bruderer bereits letzten Herbst von der Schulverwaltung den Beschluss der ehemaligen Sekundarschulpflege zur Aufhebung der Sek C erhalten habe. Weitere Beschlüsse gebe es nicht zu diesem Thema.

Die Schulpflege führe von ihren Sitzungen zu allen Themen nur Beschlussprotokolle und keine Verhandlungsprotokolle. Daher gebe es zum Entscheid der Behörde über die Aufhebung der Sek C keine weiteren schriftlichen Ausführungen, erklärt Schuler.

«Es wäre wenig seriös, wenn sich ehemalige Behördenmitglieder der Sekundarschulpflege heute lediglich «aus dem Gedächtnis heraus» zur damaligen Entscheidungsfindung sowie zur Sitzung über den definitiven Beschluss äussern würden.»

Thema im Parlament

Die Beantwortung der Interpellation zur Aufhebung der Sek C ist auch Thema an der Parlamentssitzung vom Montag. Daneben beantwortet der Stadtrat die Interpellation von



Benjamin Walder (Grüne) über Defibrillatoren. Beraten wird über die Überweisung der Motion von Esther Schlatter (GLP) gegen den Ausbau des Gasnetzes sowie über eine Kreditabrechnung für den Ausbau der Schulinformatik. (zo)

Parlament will von Schulpräsident alle Antworten zur Sek C

Zürcher Oberländer 11.3.2020, Bezirke Hinwil und Pfäffikon, Andreas Kurz

Wetzikon •Schulpräsident Jürg Schuler muss die offenen Fragen zur Aufhebung der Sek C nun doch noch beantworten. Seine Begründung liess das Parlament nicht gelten.

Dreizehn Fragen zur Abschaffung der Sek C in Wetzikon richtete Timotheus Bruderer (SVP) an den Stadtrat. Doch dieser beantwortete nur acht davon. Seine Begründung: Die übrigen Fragen richteten sich an die Sekundarschulpflege und somit an eine ehemalige Behörde. Diese existiere seit der Fusion zur Einheitsgemeinde im Sommer 2018 nicht mehr, weshalb diese Fragen nicht beantwortet werden könnten.

Den Interpellanten überzeugte diese Argumentation aber nicht. In der Parlamentssitzung vom Montag äusserte Bruderer nochmals seine Unzufriedenheit. Sowohl über den Entscheid zur Abschaffung der Sek C wie auch über die Antwort des Stadtrats.

Eltern als Störfaktor

Die Umstellung sei eine einschneidende Veränderung im Schulsystem. Vor dem Entscheid zur Abschaffung hätte eine öffentliche Veranstaltung stattfinden müssen, kritisierte Bruderer. «Das wäre in meinen Augen ein seriöses Vorgehen gewesen.»

Aufgrund der Antwort des Stadtrats habe er den Eindruck, die Eltern würden als Störfaktor empfunden. Am Ende des Tages müssten aber ironischerweise genau sie sowie die Lehrerinnen und Lehrer die Konsequenzen eines solchen Entscheids tragen.

Bruderers Fazit: Die damalige Behörde habe ihren Entscheid über die Köpfe der betroffenen Lehrerschaft hinweg gefällt. Die Nichtbeantwortung einzelner Fragen wollte er nicht hinnehmen – und beantragte, dass der Stadtrat die offenen Fragen doch noch beantworten muss.

Nur noch Mini-Klassen

Schulpräsident Schuler reagierte etwas genervt. Es sei dies nun das dritte Mal, dass er zum gleichen Thema dem gleichen Parlament etwas sagen sollte. Mit dem Entscheid zur Abschaffung könne man einverstanden sein oder nicht. «Aber irgendwann sollte man es akzeptieren», sagte Schuler. So ein Entscheid liege gemäss Gesetz eindeutig allein bei der Schulbehörde. Es habe also keine Verpflichtung bestanden, die Eltern einzubeziehen. Eine Abstimmung unter der Lehrerschaft habe aber gezeigt, dass weit über 90 Prozent für eine Abschaffung der Sek C waren, erinnerte sich Schuler. Damals habe es noch zwei «Mini»-Sek C-Klassen gehabt, und nur noch eine Lehrperson sei bereit gewesen, diese zu unterrichten. «Es stimmt nicht, dass wir die Lehrpersonen nicht fragten. Wir haben sie sogar freiwillig gefragt.»

Doch damit konnte Schuler die Parlamentarier nicht besänftigen. Eine klare Mehrheit folgte dem Antrag auf vollständige Beantwortung der Interpellation. Damit geht das Geschäft zurück an den Stadtrat. Schulpräsident Jürg Schuler hat nun nochmals vier Monate Zeit, um die restlichen Antworten nachzuliefern.



Wie ich vom «Revoluzzer» zum «Konservativen» (gemacht) wurde!

Condorcet Bildungsblog 8. Mai 2019, Alain Pichard

Welche Schule streben die Anhänger einer kompetenzorientierten Volksschule an? Welche Schule wollen wir, die Kritiker dieses umfassenden Umbaus unseres Schulsystems? Wer ist konservativ, wer ein Erneuerer? Zeit für eine Einordnung!

Im Jahre 1977 wurde ich als Primarlehrer patentiert und begann unmittelbar mit dem Unterrichten. Ich gehörte zu einer linken Lehrergeneration, welche die Schule, ja mehr noch, die Gesellschaft durch den Unterricht verändern wollte.

Die verschiedenen Kollegien, in die meine linken Freunde und ich eintraten, empfingen uns bei weitem nicht mit offenen Armen. Das lag unter anderem an der Tatsache, dass sich der Pillenknick erstmals bemerkbar machte, was zu Klassenschliessungen führte. Um eine grössere Arbeitslosigkeit der frisch ausgebildeten Lehrkräfte zu vermeiden, verfügte die Regierung ein Verbot der Überstunden für die alteingesessenen Lehrkräfte, von denen einige bis an die 38 Lektionen unterrichteten.

[...]

Als ich 1978 im Arbeiterquartier Mett als junger linker Lehrer angestellt werden sollte, schossen die Bürgerlichen aus allen Rohren gegen meine Wahl. Gewählt wurde ich schliesslich mit dem Stichentscheid des Präsidenten, dem Schreinermeister Liechti, SP-Stadtrat.

32 Jahre später musste ich miterleben, wie die von mir mitbegründete Gewerkschaftszeitung «das VPOD-Lehrermagazin» mich mit einem vierjährigen Schreibverbot belegte, der VPOD sämtliche neoliberalen Reformen vehement mitverteidigt, mir von einem Sozialdemokraten ein Maulkorb verpasst werden sollte.

Heute unterrichte ich in einem kleinen Oberstufenzentrum in der Nachbargemeinde Orpund. Der Schulleiter lässt mir alle Freiheiten, wie damals in den 90er Jahren, die Kolleginnen und Kollegen springen ein, wenn ich wegen eines Podiums mal von Unterricht fernbleibe. Der bürgerliche Schulkommissionspräsident begrüsst mich mit den Worten: «Wir sind stolz, Sie hier zu haben, wir wollen keine Kopfnicker.»

Bedroht ist das Erbe unseres Kampfes in den 70-er, 80-er und 90-er-Jahren, bedroht ist die Chancengleichheit, bedroht sind die Kinder der unterprivilegierten Schichten, welche nun einer Ideologie des völligen selbstgesteuerten und zweckorientierten Lernens geopfert werden.

«Viele Linke merken gar nicht mehr, wie sehr sie zum Öl dieser schönen neuen Welt geworden sind.»

Mein Freund und Mitstreiter Bruno Schaad, Sekundarlehrer aus Grenchen, formulierte es in einem Artikel folgendermassen: «*Wir hatten früher Freude an einem Gedicht von Günter Eich. Dort heisst es unter anderem „Schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind! Seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt“* Viele Linke merken gar nicht mehr, wie sehr sie zum Öl dieser schönen neuen Welt geworden sind.»

Alain Pichard, Gewerkschafter, Initiant der Aktion 550gegen550, Mitherausgeber des *Einspruchs*, GLP

[Mehr...](#)



Integrativer Unterricht

12.3.2020, Offener Brief von Hans-Peter Köhli

An die Mitglieder des Bildungsrates des Kantons Zürich

Sehr geehrte Frau Bildungsdirektorin

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen eine Angelegenheit unterbreite, welche in unserem Kanton nicht nur für Gesprächsstoff, sondern zunehmend auch für Ärger und Missstimmung sorgt. Es geht um die Integration in den Volksschulen. Bekanntlich sollen gemäss Theorie sämtliche Kinder in Normalklassen eingeteilt werden, auch wenn sie zum Teil erheblichen Förderbedarf infolge Beeinträchtigungen aller Art aufweisen. Dieses System wurde von Fachleuten von allem Anfang an als untauglich beurteilt; trotzdem setzten es seine Befürworter aus ideologischen Gründen in Kraft und halten auch heute noch krampfhaft daran fest, obwohl die Mängel immer offenkundiger und die Proteste zusehends lauter werden.

Nur: unter dem Wort „Mängel“ können sich die wenigsten Leute etwas vorstellen. Deshalb erlaube ich mir, nachstehend eine Situation zu beschreiben, welche in manchen Schulzimmern der verschiedenen Stufen leider momentan häufig vorkommt, ohne dass dies den massgebenden Leuten in Politik und Behörden bewusst ist. Als Freiwilliger der Pro Senectute besuche ich seit Jahren Kindergärten, was mir viel Spass und Freude bereitet. Ich bewundere auch das Wirken der Kindergärtnerinnen, welche ihre Aufgabe hervorragend versehen, obwohl die Anforderungen mit fremdsprachigen, zugezogenen Kindern aus anderen Kulturkreisen einerseits und den obgenannten „Integrierten“ immer anspruchsvoller werden.

So einem Kindergarten mit 20 Kindern wurde vor einiger Zeit ein Knabe zugeteilt, weil es offenbar an einem anderen Ort zu „Schwierigkeiten“ mit ihm gekommen war. Das verwundert nicht. Bei meinem Eintreffen an einem Vormittag sass er lächelnd in einer Ecke, eng „bewacht“ von einer Klassenassistentin. Lässt man ihn frei, bewegt er sich im Zimmer nach Lust und Laune, macht, was er will und fügt sich in keiner Weise den Anordnungen der Kindergärtnerin. Sollten die Kinder ruhig im Kreis sitzen, rennt er herum oder wälzt sich am Boden, sollte es leise sein, kräht er laut hinaus, neckt und plagt die andern oder wirft Gegenstände herum. Sollten die Kinder nach dem Spielen im Freien nach einem Signal zurück zum Besammlungsort, kann man meist vergessen, dass dieser Bub auch kommt. Er muss z.B. irgendwo hinter einem Gebüsch persönlich mit Gewalt abgeholt werden, und es ist nicht ausgeschlossen, dass beim Vorbeigehen an den Kameraden ein anderer noch mit einem Fusstritt in den Hintern bedient wird. Sanktionsmöglichkeiten gibt es praktisch keine oder sie beeindrucken überhaupt nicht. Die Assistentin kann höchstens mit ihm in den Korridor dislozieren und ihn dort unter vier Augen irgendwie unterhalten oder eben gar festhalten; ein normales Eingliedern in den Klassenverband ist unmöglich.

Sehr geehrte Frau Bildungsdirektorin, sehr geehrte Damen und Herren! Das kann es ja wohl nicht sein. Solche Szenen sind einer normalen Klasse unserer Volksschule schlicht und einfach unwürdig, und es handelt sich nicht um einen Einzelfall. Eine gezielte, regelmässige Therapie durch eine heilpädagogisch ausgebildete Person fehlt. Es ist reiner Irrwitz: Irgendeine Hilfskraft wird quasi nur deshalb als Assistentin eingestellt, um einen einzigen Buben zu beaufsichtigen! Schulleitung und Schulpflege sind informiert. Von dort heisse es nur, man könne nichts machen. Das Volk habe abgestimmt und diese



Integration gewollt.

Nein, behaupte ich mit aller Entschiedenheit. Das Stimmvolk wünscht ganz sicher keine solchen Zustände; es hörte leider im Abstimmungskampf auf all die Schalmeien, welche die Integration in höchsten Tönen anpriesen. Dabei war schon vor Einführung klar, dass niemals genügend Therapeutinnen zur Verfügung stehen würden, um die Versprechungen einzuhalten und dass viele Fachleute auch aus anderen Gründen ein Fiasko kommen sahen. Wenn nun die Schulhäuser von der Bildungsdirektion mit Assistenzen geflutet werden, ist das eine völlig untaugliche Lösung. Diesen Zusatzkräften verschiedenster Provenienz ist es ja gemäss Erlass explizit untersagt, therapeutische Handlungen vornehmen; sie können nur allgemein beschränkt etwas helfen, weil die pädagogische Ausbildung und meist auch die nötige Erfahrung fehlt. Niemandem ist mit derartigen Abläufen geholfen.

■ Am meisten zu bedauern ist dieser Knabe selber. Er hat offensichtlich Probleme, ist vermutlich irgendwie traumatisiert und bedürfte einer klaren heilpädagogischen Behandlung. Könnte eine Therapeutin in einer seiner mitunter auch einmal vorkommenden ruhigeren Phasen gezielt mit ihm arbeiten, liessen sich vermutlich langfristig doch gewisse Fortschritte erzielen. Die Zwangseingliederung in einen normalen Kindergarten bringt ihm jedoch überhaupt nichts, sondern ist ein total falsches Rezept und verschlimmert nur seine tragische Situation.

■ Hut ab vor der Kindergärtnerin, die durchhält, auf die Zähne beisst und versucht, trotz allem den Betrieb noch aufrecht zu erhalten. Es ist jedoch eine Zumutung, der Lehrperson nebst den üblichen Herausforderungen (auch bei den anderen Kindern sind längst nicht alles Engel!) noch einen derart harten Brocken aufzuladen. Vielerorts schwindet deshalb die Bereitschaft, solches noch länger mitzumachen, immer mehr.

■ In höchstem Masse ungünstig ist das Geschehen für die übrigen Kinder. Die ganze Atmosphäre im Kindergarten ist beeinträchtigt. Ständig muss man mit irgendwelchen Eskapaden dieses Buben rechnen. Einige scheue Kinder bekunden Angst, während bei anderen die Gefahr besteht, dass sie sich beeinflussen lassen und auch ins Fahrwasser von Allotria und Befehlsverweigerung geraten.

■ In grossem Masse betrogen kommen sich die Eltern vor, welche derartige Kinder mit Förderbedarf in die Regelklassen abgeben bzw. abgeben müssen. Wie oben erwähnt wurde vor den betr. Reformabstimmungen beteuert, besonders ausgebildete Heilpädagoginnen würden alles tun, um solchen Kindern im Rahmen einer Normalklasse grösstmögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Oft ist man nun aber in keiner Weise in der Lage, dieses Versprechen einzuhalten. Und weil die Prognosen punkto Kinderzahl in den nächsten Jahren einen enormen Anstieg voraussagen, ist auch mit zunehmendem Bedarf an Heilpädagoginnen zu rechnen, die künftig trotz vermehrter Rekrutierung erst recht fehlen werden.

■ Aber auch den Eltern der „normalen“ Kinder bleiben die Geschehnisse auf die Dauer nicht verborgen; gewisse Kinder rapportieren genau, was im Chindsgi läuft. Die einen Eltern dürften sich fragen, was denn da los ist, bei andern stellt sich schon rasch Empörung ein und manch ein Elternpaar findet wohl wie jeder aussenstehende Beobachter auch, dieser Aufwand für ein einziges Kind sprengt jeden Rahmen.

■ Bewusst zuletzt sei auch auf die Finanzen hingewiesen. Wir sind uns wohl einig: bei der Bildung soll, wenn möglich, nicht gespart werden. Aber hier drängt es sich schon auf, etwas zu rechnen. Irgendeinmal wird dann auskommen, was all diese Klassenassistenzen kosten, obwohl sie die Misere überhaupt nicht beheben. Und man wird mit jenem Betrag vergleichen müssen, der die Wiedereinführung von Kleinklassen kosten würde, welche in



der Sache dem Assistenzmodell weit überlegen sind. Ich wage zu behaupten, die Aufwendungen für Kleinklassen wären klar geringer, und ein Einschreiten würde sich auch in finanzieller Hinsicht lohnen.

Man könne „nichts machen“, heisst es. Doch! Andere Behörden handelten und gaben zu, dass sich die Idee mit der Integration nicht bewährt hat. Es fiel ihnen deshalb kein Zacken aus der Krone. **Der Kanton Basel Stadt hat in vorbildlicher Weise wieder heilpädagogische Kindergärten und heilpädagogische Klassen auf Primar- & Oberstufe eingeführt, die sogenannten „SpA“, „Klassen mit Spezialangeboten“.** Abgesehen davon existieren auch im Kanton Zürich Gemeinden, welche auf eigene Faust bereits wieder mit gewissen Kleingruppen arbeiten und es wagen, sich dem unsinnigen Diktat von oben zu widersetzen.

Ängstliche Stimmen geben vielleicht zu bedenken, mit der Rückkehr zu Kleinklassen würde der Kanton Zürich einen Volksentscheid missachten. Erstens, wie oben erwähnt, wurde das Volk vor der Abstimmung in Sachen Therapeutinnen brandschwarz angelogen, und es will sicher kein Tohuwabohu in seinen Schulklassen. Zweitens nehmen es Bildungsdirektion und Pädagogische Hochschule mit der exakten Durchsetzung von Volksentscheiden und dem Respekt vor dem Stimmvolk auch nicht immer peinlich genau. Stichwort Grundstufe...

Als Stimmbürger unseres Kantons fordere ich deshalb den Bildungsrat des Kantons Zürich auf, endlich, aber nun raschmöglichst, wieder flächendeckend die früher bewährten Kleinklassen mit heilpädagogisch ausgebildetem Personal einzuführen.

Es wäre unverantwortlich, noch lange zuzuwarten. Nicht nur für verhaltensgestörte Kinder sind solche Abteilungen vorzusehen, sondern je nach Bedarf auch für das ganze Spektrum der früheren Typen A, B, C, D und E. Dies allerdings darf keinesfalls auf Konto der Gemeinden erfolgen, sondern muss der früheren Finanzregelung im sonderpädagogischen Sektor entsprechen.

Was den Namen der neuen Einrichtung betrifft, wäre meines Erachtens durchaus vorstellbar, sich den Baslern anzuschliessen. Ältere Leute erinnern sich noch gut, dass die heilpädagogischen Klassen bei uns aus taktischen Gründen mehrmals den Namen wechselten, obwohl Aufgaben und Ziele nicht änderten: Hilfsklasse, Spezialklasse, Sonderklasse, Kleinklasse und jetzt – ja, die schlaunen Basler haben Recht. **Mit der freundlich wirkenden Bezeichnung „Klassen mit Spezialangeboten“ bzw. „Kindergärten mit Spezialangeboten“ und der Abkürzung „SpA“ hat man de facto die Sonderklassen wieder – aber das SPA tönt weit besser und weckt zudem positive Assoziationen, während gleichzeitig die Schulbehörden ihr Gesicht wahren können.**

Noch ein letzter Hinweis: Es läuft einem kalt den Rücken hinunter, wenn man erfährt, wie gross der zunehmende Bedarf an Lehrpersonen aller Art in den nächsten Jahren sein wird. Der Bildungsrat täte gut daran, auch diesen Gesichtspunkt prioritär in seine Überlegungen einzuschliessen. Was in solchen Klassen wie der beschriebenen geschieht, spricht sich herum und ist alles andere denn Werbung für die sonst schöne und befriedigende Tätigkeit einer Lehrerin oder eines Lehrers. Der Beruf sollte aber unbedingt wieder eine positive Ausstrahlung bekommen; steigende gesellschaftliche Anerkennung würde garantiert ebenfalls mithelfen, den nötigen Nachwuchs problemlos zu gewinnen.

Mit freundlichen Grüssen

Hans-Peter Köhli, Arbentalstr. 256, 8045 Zürich



«Es gibt keine echte Integration»

NZZ 6.3.2020, Zuschriften

Der kurze Rückblick auf die zehn Jahre schulische Integration im Kanton Zürich («Es gibt keine echte Integration», NZZ 28. 2. 20) zeigt nicht nur die Schwierigkeiten der Umsetzung, sondern auch die grundsätzlichen Schwachstellen des Konzepts: fragmentierte Lernprozesse mit grosser Personalfuktuation, hohe Kosten und viel Unruhe für alle Beteiligten. Integration funktioniert nur dann, wenn für die Betroffenen auch die Möglichkeit einer echten Teilhabe besteht; an der sozialen Interaktion, an den Inhalten, an den Lernprozessen, an den Gruppeninteressen. Wenn man den Schulen die Möglichkeit bietet, Kleinklassen oder teilintegrative Förderformen einzurichten, kann man den verschiedenen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler besser gerecht werden. Kleinklassen sind mindestens so integrativ wie die aktuellen Formen der Einzelbegleitung. Das betrifft insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Verhaltensproblemen. Diese sprengen oftmals nicht nur die Möglichkeiten der Lehrkräfte und schulischen Heilpädagoginnen, sondern bringen auch die Mitschüler und den Unterricht in arge Nöte. Was Integration wirklich bedeutet, merkt man ohnehin erst, wenn die Jugendlichen in die Berufswelt einsteigen; und da kann ich rückblickend aus meinen Erfahrungen als Kleinklassenlehrer nur Positives berichten.

René Albertin, Binz

Frau Bourgeois kritisiert im Interview mit Nils Pfändler die schulische Integration und benennt sie sogar als gescheitert. Sie verweist auch auf die hohen Kosten, die durch die Integration verursacht würden, und meint, dass Bildung zwar etwas kosten darf, «wenn es etwas bringen würde». Hier Antworten dazu: Integration bringt uns Erwachsene, die den Umgang mit Heterogenität gelernt haben. Sie bringt uns einen erfolgreicherem Übergang von der Schule in die Berufswelt für Jugendliche mit Schwierigkeiten. Sie bringt uns Kinder, die mit ihrer Behinderung eine öffentliche Schule an ihrem Wohnort besuchen können und sozial nicht entwurzelt werden. Und ja, sie bringt selbstverständlich auch Herausforderungen: Lehrpersonen, die zeitweise überfordert sind; Heilpädagoginnen, die ihre Arbeit kaum machen können, weil es viel zu wenige davon hat; oder Eltern, die immer noch um die schulische Integration ihrer Kinder kämpfen müssen. Eine Schule für alle hat zum Ziel, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der alle Menschen ihren Beitrag leisten dürfen. Jeder Ausschluss aus der Schule ist ein potenzieller Ausschluss aus der Gesellschaft. Unser Bildungssystem ist einmalig und gut. Aber es muss sich immer wieder justieren – das ist schwierig, und trotzdem geht kein Weg daran vorbei. Alte Lösungen sind keine Lösungen für die heutigen Herausforderungen und schon gar nicht für die Zukunft. Yasmine Bourgeois nennt zum Schluss eine Idee, die sorgfältig zu prüfen ist: teilseparierte Gefässe mit hoher Durchlässigkeit. Sie haben sicher Vorteile, aber nicht nur. Im aktuellen System haben alle Akteure eine hoch anspruchsvolle Aufgabe zu erfüllen. Der Weg dazu heisst: Ein professionelles Miteinander bringt mehr als ein Gegeneinander.

Prof. Dr. Barbara Fäh, Rektorin Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich

Die Ausführungen in der NZZ decken sich mit dem, was zu vernehmen ist, wenn man sich in Schulen umhört. Einerseits funktioniert die Integration an vielen Orten überhaupt nicht, und andererseits bewähren sich auch die leistungs- und altersmässig gemischten Klassen an der Oberstufe in keiner Weise. Frau Bourgeois legt klar dar, warum das so ist. Und der ausgezeichnete Kommentar von Redaktor Fritzsche ist das Fazit der interessanten Zeitungsseiten. Ich frage mich ernsthaft, ob eigentlich die Professorin Pool an der PH Zürich auf einem anderen Planeten lebt. Hat sie noch nie gehört von den enormen Problemen an den Primarschulen? Merkt sie nicht, dass ihre schönen Theorien nur schon an der personellen Frage scheitern? Konnte sie nicht lesen, dass viele Eltern von Oberstufenkindern ihren Nachwuchs unbedingt ins Gymi bringen wollen, weil ihnen die



Mischmaschklassen an der Sekundarschule ein Greuel sind? Es ist geradezu tragisch, wenn jemand dermassen die Augen vor den Realitäten verschliesst und sich stur und unbelehrbar an eine Doktrin klammert, die längst auf dem Stumpengleis gelandet ist.

Bruno Pfister, Galgenen (SZ)

Das Experiment der schulischen Total-Integration ist klar gescheitert. Es rächt sich nun, dass man diese theoretische Konstruktion nicht vorher in Versuchsklassen getestet hat, bevor man die bewährten Schulformen abgeschafft hat. Bei der Diskussion gibt es eine Wahrnehmungsverschiebung zwischen Schulpraktikern und Theoretikern. Während viele Praktiker kaum mehr fördern können, weil sie überfordert werden, behaupten Behörden und Fachhochschulen, eine inklusive Schule sei eine gute Schule. Weil die Zahl der Schüler mit Sonderschulstatus massiv zu- statt abgenommen hat, wie die Reformer angenommen haben, fällt die Rechnung für den Steuerzahler massiv höher aus. Deshalb möchte man mittels «Pauschalressourcierung» den schwarzen Peter den Gemeinden und Schulen zuschieben und auf der Sekundarstufe durchmischte Lerngruppen einführen, weil das in der Primarschule so gut funktioniert. Die höheren Kosten bringen zudem weniger Qualität (siehe Pisa 2019) und den Schülern weniger Bildung und Wohlbefinden.

Leidtragende sind vor allem die schwächeren Schüler: Tag für Tag erleben zu müssen, dass man nichts versteht und nicht mitkommt, ist auch eine Form von Stigmatisierung und sicher kein Menschenrecht.

Peter Aebersold, Zürich

Dem Kommentar von Daniel Fritzsche und dem Interview mit Yasmine Bourgeois über die verfahrenere Situation behinderter und verhaltensauffälliger Kinder in der Regelschule habe ich als ehemaliger Dozent am Heilpädagogischen Seminar Zürich nichts beizufügen. Der Misserfolg war seit je vorprogrammiert. Aber gegen die Ideologie einer falsch verstandenen Integration, bei welcher der Weg mit dem Ziel verwechselt wird, ist ausserordentlich schwer anzukommen. Noch immer wird dieses integrative Schulkonzept, zum Beispiel von Silvia Pool Maag, schönegeredet, und ihr Rezept, wenn es nicht funktioniert, heisst: «mehr desselben». An der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik werden leider keine Lehrkräfte mehr für Sonderklassenunterricht ausgebildet – es fehlt dort schlicht das Know-how dafür. Und die Studierenden haben sich grösstenteils gar nicht erst einmal im Regelklassenunterricht bewähren müssen. Wie sollen sie auch befähigt sein, den viel anspruchsvolleren Unterricht mit behinderten und schwierigen Kindern im Klassenverband zu bewältigen? Da ist es eben einfacher, sich stundenweise mit einzelnen Problemkindern zu befassen, was diese im Vergleich zu einem heilpädagogisch fundierten Klassenunterricht ganz erheblich benachteiligt. Den Eltern, die dafür kämpfen, dass ihr behindertes Kind eine Regelschule besuchen kann, möchte ich empfehlen: Kämpfen Sie dafür, dass ihr Kind eine gut geführte Sonderklasse oder Sonderschule besuchen kann, in welcher es eine heilpädagogisch adäquate Förderung und Ausbildung erhält.

Peter Schmid, Frauenfeld

Ältere Lehrpersonen standen der Integration von Beginn an sehr kritisch gegenüber. Der Mensch ist und bleibt Mensch in all seinen Facetten. Nicht nur im Schulbereich. Was ist zu tun nach dem Eingeständnis des Scheiterns? Altbewährtes ist zu reaktivieren und mit Ausgewähltem, Machbarem aus der Integrationsphase zu ergänzen. Dies würde sich auch sehr positiv auswirken auf den Lehrerbestand. Holt uns Jungpensionierten zurück, wir sagen euch, wie es geht, aus Erfahrung und mit Menschenverstand!

Edith Loosli, Dällikon

Yasmine Bourgeois bringt es auf den Punkt: Nach zehn Jahren Integrationsschule stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Tatsache ist, dass in derart heterogenen Klassen ein echter Unterricht gar nicht möglich ist, so dass alle Beteiligten die Leidtragenden sind. Für Kinder mit verschiedensten Beeinträchtigungen ist nicht die Schulung in Kleinklassen diskriminierend, sondern das tägliche entmutigende Erlebnis in der Regelklasse, dass man



mit den Mitschülern nicht mithalten kann. Und gerade gute und erfahrene Lehrkräfte stossen an ihre Grenzen, weil sie zu wenig Zeit finden, um allen Kindern, auch den leistungsstärkeren oder den stilleren, die nötige Beachtung und Unterstützung zu geben.

Übrigens kann jede Zürcher Gemeinde gemäss § 34 des Volksschulgesetzes Einschulungsklassen, Aufnahmeklassen für Fremdsprachige sowie Kleinklassen für Schüler mit besonders hohem Förderbedarf einrichten. Die Kosten für eine Kleinklasse sind vermutlich kaum höher als für die Heerscharen von Zusatzbetreuern und Heilpädagoginnen in den integrativen Klassen. Lassen wir also nicht weitere zehn Jahre mit einem untauglichen System verstreichen!

Marianne Wüthrich, Wil

Aus der Froschperspektive

NZZ 9.3.2020, Leserbrief von Hanspeter Amstutz

Wenn in heterogenen Regelklassen integrierte Schüler mit starken Verhaltensauffälligkeiten gut vorbereitete Lektionen durch häufiges Stören durcheinanderbringen, entsteht viel Frustration (NZZ 28. 2. 20). Besonders betroffen davon sind jüngere Lehrpersonen, die mit neuen Konzepten für selbstverantwortliches Lernen vor ihre Klasse treten. Das erstaunt erfahrene Schulpraktiker wenig. Je anspruchsvoller der Unterricht bezüglich der Eigenverantwortung der Schüler ist, desto wichtiger ist es, dass eine Klasse weiss, was zielgerichtetes Arbeiten konkret bedeutet.

Leider wird in der Lehrerbildung der Klassenführung und den erzieherischen Aspekten nicht überall erste Priorität eingeräumt. Lieber werden neue didaktische Konzepte entwickelt, die auf Klassen mit guter Disziplin aufbauen. Stossend dabei ist, dass diese zentralen pädagogischen Vorleistungen oft mit scheinbar rückständigen Methoden in Verbindung gebracht werden. Die Geringschätzung dieser fundamentalen Aufgabe schadet unserer Schule enorm. Manche ausgezeichnete Lehrform mit starker erzieherischer Wirkung wird heute vernachlässigt, weil sie nicht zu den aktuellen Unterrichtsdogmen passt. Doch unsere Schüler fragen nicht nach Dogmen. Sie möchten Lehrerinnen und Lehrer, die mit Können und Begeisterung eine Klasse führen. Jugendliche wollen sich durch direkte Instruktion in anschaulicher Weise Neues aneignen und sind bereit, mit Einsatz zu üben. Sie freuen sich auf spannende Geschichten und aufregende naturwissenschaftliche Experimente. Aber sie wollen nicht zu einer vorzeitigen Selbständigkeit im Lernen verurteilt werden.

Die Arbeit in den Schulzimmern muss wieder stärker aus der Froschperspektive betrachtet werden. Als Adler hoch über dem Geschehen zu kreisen und dabei nicht genau zu sehen, was unten im Detail abläuft, ist zweifellos ein erhebendes Gefühl. Auch als Lehrer möchte man da ab und zu mitfliegen. Auf diese Weise hält man den grossen Überblick. Doch es ist ein Skandal, wenn engagiert arbeitende Lehrerinnen und Lehrer mit schrägen Blicken diffamiert werden, nur weil sie nicht auf bewährte Lehrmethoden verzichten wollen. Reden wir endlich mehr von der Wirkung von Methoden im Unterricht statt von ihrer vermeintlichen Grossartigkeit auf dem Reissbrett!

Hanspeter Amstutz, Fehrltorf



Rückblick «Deutsche Sprache als Grundlage allen Lernens»

Medienmitteilung 12.3.2020. Starke Volksschule Zürich, Timotheus Bruderer

Den ersten Anlass in diesem Jahr widmete der Verein «Starke Volksschule Zürich» dem wichtigsten Bildungsthema – dem Erlernen der deutschen Sprache. Das essentielle Werkzeug dabei sei das Lesen. Denn nur so können Texte verstanden, im grösseren Zusammenhang eingeordnet und richtig interpretiert werden. Dass die Schweizer Schulen hier ein eklatantes Defizit aufweisen, belegen die Testergebnisse der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und der PISA-Studie von Neuem.

Marianne Wüthrichs These war einfach: «Der Lehrplan 21 eignet sich nicht dafür, den Schulkindern die deutsche Sprache beizubringen.» Als Argument zeigte sie einige Beispiele von Lernzielen (Kompetenzen), welche sich die Schüler der Oberstufe aneignen sollten. Das Hauptproblem sei nicht die Menge der Lernziele, sondern dass sie ohne einen strukturierten Zusammenhang willkürlich zusammengewürfelt sind.

Dass die «Kompetenz» der deutschen Sprache auf der Strecke bleibt, liefern die EDK-Testergebnisse zum Fach Deutsch (Lesen, Textverständnis und Rechtschreibung). Anders als bei der PISA-Studie lassen nicht so sehr die Resultate, sondern vielmehr das Niveau der Aufgaben aufschreien. Mit solch oberflächlichen und einfachen Multiple Choice-Fragen lässt sich nicht wirklich überprüfen, ob die Schüler Texte verstehen, im grösseren Zusammenhang einordnen und richtig interpretieren können. Und obwohl diese Testergebnisse dazu hätten dienen sollen, die Tauglichkeit bzw. Untauglichkeit des Lehrplan 21 aufzuzeigen, ist eine kritische Beleuchtung durch die EDK bisher ausgeblieben.

Urs Kalberer schlug mit seinem Folge-Referat über die Ergebnisse der PISA-Studie in die gleiche Kerbe: «Seit 2012 geht es signifikant bergab. Die Schweiz, die neben Luxemburg am meisten Geld in die Bildung steckt, liegt beim Lesen unterhalb des OECD-Durchschnitts von 75 Ländern.»

Es kommt noch schlimmer, denn die Schwachen sind schwächer geworden. Bei den vergleichswisen schwachen Leserinnen und Lesern sei ein zusätzlicher Leistungsabfall zu beobachten, so Kalberer. Dazu kommt, dass die Verwendung von elektronischen Hilfsmitteln nicht helfen, sondern bei Schülern zu noch schlechteren Ergebnissen führen als bei solchen, die analog arbeiten.

Mit den neuen Bemühungen zur Frühförderung wird die Situation aber verschlimmbessert, weil das Problem lediglich auf die Vorschulzeit und das Elternhaus verlagert wird. Denn das Lesen gehört zum Grundauftrag der Schule, nicht der Kitas. Sie sind auch nicht dafür verantwortlich, aus den Kindern gute Leserinnen und Lesern zu machen.

Sowohl Marianne Wüthrich als auch Urs Kalberer schlossen mit einem ähnlichen Fazit: Es müsse den Bildungspolitikern wieder klar gemacht werden, dass der lehrergeführte Klassenunterricht nach wie vor am besten gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler die deutsche Sprache lernen. Das würden nicht nur zahlreiche Untersuchungen untermauern, sondern das könne auch jede erfahrene Lehrerin und jeder erfahrener Lehrer bezeugen.



Kinder brauchen ein tägliches Bad in der Sprache

Tages-Anzeiger 9.3.2020, Debatte, Gastbeitrag von Hanspeter Amstutz

Das Defizit im Deutsch unserer Schulabgänger schreckt auf. Neben der Frühförderung gilt es, das Bildungsprogramm viel stärker auf die schulische Erstsprache auszurichten. Lesen und Schreiben lehren ist ein Grundauftrag der Volksschule. Was so banal tönt, ist letztlich ein komplexer Lernprozess, der systematisch und fächerübergreifend gefördert werden muss.

Kinder haben Hunger nach Geschichten, bei denen sie in eine andere Welt eintauchen und sich mit Erzählfiguren identifizieren können. Dabei spielt die Lehrerin oder der Lehrer eine zentrale Rolle. Kinder lesen im Gesicht und in der Gestik der Erzählerin, was sich in der Geschichte abspielt. Lebendige Erzählungen sind enorm sprachfördernd und Bausteine des Sprachunterrichts.

Jugendliche öffnen sich für Neues, wenn ein von einer Sache begeisterter Lehrer ihnen ein Stück Welt anschaulich erklärt. Ihr Wortschatz kann so mit einer gewissen Leichtigkeit entscheidend erweitert werden. Eine auf wesentlichen Inhalten beruhende sprachliche Horizonterweiterung in den Realienfächern ist die beste Voraussetzung für das Verstehen der meisten Texte. Wo eine Sache oder ein Geschehen fasziniert, wollen die Schüler die Zusammenhänge verstehen und darüber reden.

Eine Lehrperson muss kreative Übungsformen finden und zeigen, dass sie Freude an den sprachlichen Formen hat. Ähnlich wie ein guter Fussballtrainer beim Training auf dem Fussballplatz höchste Präsenz ausstrahlt, wird dies auch eine Lehrerin beim Sprachtraining im Klassenzimmer tun. Sie wird sich nicht hinter einem Computer verstecken und sich mit der Rolle als Coach zufriedengeben. Erst wenn diese primäre Unterrichtsform gelingt, kann individualisierendes Lernen mit digitalen Programmen eine gute Ergänzung sein.

Jugendliche sollen den Wahrheitsgehalt von Texten erkennen können. Doch wie schafft man dies didaktisch? Mit etwas Medienkunde allein ist es nicht getan. Wer hingegen selber zu einigen Themen differenziert etwas schreiben kann, wird eine kritischere Grundhaltung gegenüber Massenmedien und den sozialen Medien einnehmen. Jugendlichen Vertrauen zum eigenen schriftlichen Ausdruck zu vermitteln, ist für die Orientierung in der Medienwelt und im Internet allgemein von zentraler Bedeutung. Für Lehrpersonen bedeutet die Arbeit in der schulischen Schreibwerkstatt oft eine Herkulesarbeit. Doch die Korrekturarbeiten und individuellen Nachbesprechungen lohnen sich, wenn die Schüler dadurch eine bessere sprachliche Sensibilität erwerben.

Im mündlichen Bereich gibt es unzählige Möglichkeiten für ein tägliches Sprachbad. So lässt eine Ballade wie Fontanes «John Maynard» keinen Schüler gleichgültig, wenn das Gedicht packend vorgetragen, erhellend interpretiert und sprachlich-spielerisch von den Jugendlichen gestaltet wird. Ähnlich verhält es sich mit geeigneten Theaterstücken oder der gemeinsamen Klassenlektüre eines Jugendbuchklassikers. Anregende Bibliotheksbesuche und die Ermunterung zum Lesen in der Freizeit helfen mit, einen weiteren Zugang zur deutschen Sprache zu öffnen.

Deutsch lernen ist sehr zeitintensiv. Abkürzen kann man dabei nicht. Doch genau bei dieser Aussage wird es bildungspolitisch brisant. Vor allem die Primarschule ist arg unter Druck, ausserhalb der Bildungskernbereiche noch eine ganze Reihe von Wunschzielen erreichen zu müssen.

Wer die Schüler im Deutsch ganzheitlich fördern will, wird mit einer Geschichtsstunde pro Woche und dem schmalen Zeitbudget beim Aufsatzunterricht nicht zufrieden sein. Nötig



sind eine Neubewertung der Prioritäten und eine stärkere Fokussierung des Bildungsprogramms auf die schulische Erstsprache.

Hanspeter Amstutz *Der pensionierte Sekundarlehrer ist Kursleiter für Geschichtsdidaktik.*

Abstriche mit fatalen Auswirkungen

Tages-Anzeiger 14.3.2020, Leserbrief

Am Grundauftrag der Volksschule darf keinesfalls gerüttelt werden. Schon gar nicht beim zeitaufwendigen Erwerb der Erstsprache Deutsch. Hanspeter Amstutz warnt in aller Deutlichkeit davor, hier Abstriche zu machen. Dem ist beizupflichten. Würde unseren Kindern und Jugendlichen das kontinuierliche Sprachbad – was für ein angenehmes Sprachbild – vorenthalten, wären die Auswirkungen weitreichend. Deutsch, systematisch und solide vermittelt und gepflegt, stellt eine unabdingbare Grundlage dar, auf der unsere demokratisch geprägte Gesellschaft aufgebaut ist. Nur wer sich verständigen kann, kann auch verstehen und umgekehrt. Das muss so bleiben; alles andere käme einer Preisgabe dieser unschätzbaren Werte gleich.

Max Knöpfel, Pfäffikon ZH

Neue linke Massnahme auf Kosten von Schweizer Schülern

Zürcher Bote 6.3.2020, Winterthur, Tobias Infortuna

In Winterthur werden ab dem nächsten Sommer Schweizer Kinder in Schulhäuser mit hohem Ausländeranteil umgeteilt. Dies in der Hoffnung, die fremdsprachigen Kinder würden schneller Deutsch lernen. Einmal mehr wird dabei nur an die Ausländerkinder gedacht. Die Schweizer Kinder und deren Bildungserfolg sind offenbar zweitrangig. Sie werden zur Minderheit im eigenen Land.

Unsere Volksschule wird von immer mehr Kindern besucht, die kein oder nur wenig Deutsch sprechen. In allen Gemeinden werden Unsummen investiert, um diesen Missstand zu beheben. Der zusätzliche Deutschunterricht und die häufig damit einhergehenden weiteren Massnahmen wie Nachhilfe, Klassenassistenzen, Logopädie und so weiter kosten pro Kind und Jahr schnell einmal mehrere zehntausend Franken. Natürlich werden alle diese Kinder auch schulpsychologisch gründlich abgeklärt. Häufig resultieren daraus schwammige Diagnosen wie zum Beispiel schwere Lernbehinderung, schwere Spracherwerbsstörung oder Aufmerksamkeitsdefizit. Damit ist der Weg dann frei für eine sonderpädagogische Massnahme, die pro Kind und Jahr selten weniger als 50'000 Franken kostet. Und so bleibt das dann über viele Jahre hinweg unverändert. Wenn der Betreuungsapparat einmal läuft, dann raucht es lange.

Gratis Übersetzer statt Pflicht, Deutsch zu lernen

Werden dann wenigstens die Eltern, die ebenfalls kein Deutsch sprechen, in die Pflicht genommen, unsere Sprache zu lernen? Nein, selbstverständlich nicht. Im Gegenteil, bei allen Besprechungen sitzt ein Übersetzer mit im Zimmer. Für die Eltern kostenlos. Auf diese Weise wird jeder Anreiz, sich sprachlich zu integrieren, im Keim erstickt. Somit ist es kein Wunder, dass die mangelhafte Sprache in unseren Schulen ein zentrales Problem



bleibt. Wobei, Entschuldigung, Übersetzer sind es schon lange nicht mehr, es sind nun Kulturvermittler. Die machen zwar auch nichts anderes als zu übersetzen, aber verdienen deutlich mehr.

Winterthur vernachlässigt Bildungsqualität der Schweizer Kinder

Die Schulpfleger in Winterthur glauben nun, eine Lösung für das Problem mit den fremdsprachigen Kindern gefunden zu haben. Ab nächstem Schuljahr sollen nämlich Schweizer Schüler in Schulhäuser mit hohem Anteil an fremdsprachigen Kindern umgeteilt werden. Das soll den Ausländerkindern helfen, schneller Deutsch zu lernen und sich schulisch zu verbessern. Es ist unbestritten, dass die Zusammensetzung einer Klasse einen grossen Einfluss auf den Lernerfolg hat. Wir alle haben das während unserer Schulzeit anhand der vereinzelt Italienerkinder erfahren, welche in kürzester Zeit unsere Sprache beherrschten.

Doch heute reden wir von ganz anderen Verhältnissen. In immer mehr Schulhäusern ist die kleinere Gruppe inzwischen die inländische. Besagtes Schulhaus in Winterthur weist einen Ausländeranteil von fast 70 Prozent auf. Und hierhin sollen nun Schweizer Schüler umgeteilt werden. Möglich, dass das eine oder andere fremdsprachige Kind auf diese Weise ein bisschen schneller unsere Sprache erlernt. Sicher ist das allerdings nicht, weil die Schweizer nicht eine deutliche Mehrheit stellen.

Was aber vor allem passieren wird, ist Folgendes: Die Bildungsqualität der Schweizer Schüler wird sinken. Jeder Lehrer weiss, dass bei möglichst homogener Zusammensetzung einer Klasse der Lernerfolg am höchsten ist. Der Schulstoff kann zügiger behandelt werden.

Der beliebte Spruch «es braucht eine gute Durchmischung» verliert seine Gültigkeit, wenn der fremdsprachige Teil zu gross ist. Dann wird es schwierig, den Lehrplan einzuhalten. Verschiedene Studien kamen zum Schluss, dass ab einem Ausländeranteil von 30 Prozent die Bildungsqualität dramatisch zu sinken beginnt. Mit dieser Neuerung werden Schweizer Kinder auch noch direkt und absichtlich benachteiligt.

Die Bildungsqualität steht auf dem Spiel

Es ist zu befürchten, dass die mittelinks dominierten Schulpflegen anderer Gemeinden es Winterthur gleich tun werden. Wann immer möglich darf man unsere Kinder keinesfalls einem solchen Umfeld aussetzen. Diesem Unfug, mit Absicht Schweizer Kinder im eigenen Land zu einer Minderheit im Schulzimmer zu machen, sollte entschieden entgegengetreten werden. Es geht um den Lernerfolg und somit um die Zukunft unserer nächsten Generationen.



Frühe Frauenemanzipation

Journal21, 7.3.2020, Carl Bossard

Lehrschwestern sind aus öffentlichen Schulen verschwunden. Sie haben für die Bildung in ländlichen katholischen Gebieten viel geleistet. Ein fast vergessenes Kapitel der Schulgeschichte.

Schule und Unterricht sind heute selbstverständlich und für alle zugänglich. Dabei geht eines leicht vergessen: Dieses Selbstverständliche wurde über Jahrzehnte, gar Jahrhunderte hart errungen. Viel zum Bildungsfortschritt katholischer Landgebiete beigetragen haben die „Schwarzen Schwestern“¹ aus dem Kloster Menzingen. Man nannte sie schwarz wegen ihres Habits – im Gegensatz zu den braun gekleideten Kapuzinerinnen. Im drückenden Bildungsnotstand des 19. Jahrhunderts leisteten sie mit ihrem Lehrerinnenseminar und ihrer Alltagsarbeit in den Schulen Pionierdienste – auch für die Emanzipation junger Frauen.

Brot wichtiger als Bücher

Schule und Unterricht hatten es bis weit ins 19. Jahrhundert hinein schwer. Allgemeine Bildung war weder nötig noch gefragt. Die Leute waren arm, die Kinder Arbeitskräfte. In der bäuerlich-gewerblichen Gesellschaft bedeutete Bildung darum wenig. Der Alltag verlangte sie nicht. Das Brot war wichtiger als das Buch, der Stall stärker als das Schreiben. Eine Kindheit im heutigen Sinn gab es kaum. Die jungen Menschen mussten auf Feld und Hof mithelfen oder in den neu entstandenen Fabriken arbeiten. Die Wirklichkeit war immer noch weit weg von der Bildungsidee der Helvetischen Republik um 1800, die den einheitlichen, obligatorischen und kostenlosen Unterricht für beide Geschlechter anstrebte.

Der Umbau des Bildungswesens gehörte zu den zentralen Zielen des neuen Staates. Die Helvetik (1798–1803) legte eine wichtige Basis für den pädagogischen Aufbruch im 19. Jahrhundert. Allerdings war die Neigung zum Verharren im Status quo vielerorts grösser als der Mut und die Möglichkeit zur Reform. Das Unterfangen war dornig und der Pfad steinig, der pädagogische Wandel zäh und der Fortschritt ein hartnäckiger Kampf zwischen Utopie und Machbarkeit, zwischen Idealität und Realität.

Mädchen bilden – Gesellschaft erneuern

Junge Frauen erhielten lange eine noch geringere Bildung als die Knaben. Für sie waren die drei K reserviert: „Kinder, Küche, Keller“, dazu noch „Kirche“. Denkfähigkeit war nicht zentral, der Schulbesuch darum geringgeschätzt. Deutlich zeigt sich das an den Schülerzahlen. Zwischen Knaben und Mädchen gab es ein spürbares Gefälle, vor allem auf dem Land, in den Städten weniger.

Wer die Gesellschaft erneuern will, der muss die Schulen verbessern und vor allem die Mädchenbildung voranbringen. Das hat einer mit vitaler Schaffenskraft realisiert: Theodosius Florentini (1806–1865), der visionäre Bündner Kapuzinerpater. Der liberalen Schulbildung der reformierten Schweiz wollte er eine „christkatholische Erziehung [...] mittels religiöser Kongregationen“ entgegensetzen. Vor Augen hatte er die Mädchenprimarschule. Sie benötigte gute und geeignete Lehrerinnen oder eben „Lehrschwestern“. Doch die fehlten. Darum brauchte es, so Florentinis Vision, eine „Lehrschwesternanstalt“.

Erbärmliche Bedingungen

Auf Florentinis Rat hin kamen im Oktober 1844 die Ordensschwester Maria Bernarda Heimgartner und zwei Mitschwestern nach Menzingen. Anfang November eröffneten die

¹ Carlo Moos: *Zukunft aus dem Glauben. Bernarda Heimgartner und die Gründung des Menzinger Lehrschwesterninstituts im historischen Kontext*, hg. vom Generalat Schwestern vom Heiligen Kreuz Menzingen, Luzern 2002



drei Frauen ihre Mädchenschule – in erbärmlichen materiellen und finanziellen Verhältnissen. Es gab „weder Schultafel noch Tinte“. Gegen ein bescheidenes Entgelt unterrichteten sie fast hundert Mädchen; gleichzeitig bildeten sie neue Lehrschwestern aus.

Die Schulschwestern gelobten ein religiöses Leben, doch ohne Klausur und Chorgebet. Das gab den Ordensangehörigen die notwendige Mobilität für ihre pädagogische und später auch sozial-karitative Aufgabe. Die Leitung der kleinen Schwesterngemeinschaft vom Heiligen Kreuz Menzingen lag bei Schwester Bernarda Heimgartner (1822–1863); sie trug den Titel Frau Mutter. Ihr Name und ihre Botschaft lebten später weiter im Lehrerinnenseminar „Bernarda“ Menzingen.

Respektierte „Schwarze Schwestern“

Frauen als Lehrerinnen? Die Skepsis gegenüber den ungewohnten Personen mit ihren gestärkten Hauben war spürbar. Doch fürs Können gibt's nur einen Beweis, das Tun. Dies galt auch für die junge Bernarda und ihre noch jüngere Kongregation. Sie leisteten Pionierarbeit und gewannen im Volk rasch Respekt. Die Mädchen lernten lesen, schreiben und rechnen. Bald waren sie besser geschult als die Knaben. Das beeindruckte und stärkte das Vertrauen in die Institution. Ihr guter Ruf verbreitete sich schnell.

Es herrschte grosser Mangel an geeigneten Lehrerinnen und Lehrern. Menzingen ging voran und bildete Pädagoginnen aus. Wie ein Geschenk des Himmels erschienen bald auch in anderen Zuger Landgemeinden und zudem in weiteren katholischen Kantonen die ersten „Schwarzen Schwestern“ aus dem Kloster Menzingen. 1855 führten die Schwestern bereits dreissig Primarschulen und vier Privatschulen, dazu ihr Lehrerinnenseminar. Der Historiker Carlo Moos nennt dies „eine regelrechte Bildungsexplosion“.

Die Schule war feminin

Die Lehrschwestern waren gut ausgebildet, einzig für die Schule da, katholisch und anspruchslos. Zudem arbeiteten sie fast für Gotteslohn und kamen billiger zu stehen als weltliche Lehrer. Das entlastete das kärgliche Budget vieler Gemeinden und verbesserte die Schulqualität. Die Lehrschwestern spielten im Schulwesen katholischer Landgebiete während vieler Jahre eine tragende Rolle. Kaum eine Gemeinde kam ohne sie aus.

Wenn aktuell von einer „Feminisierung“ der Schule die Rede ist, geht leicht vergessen, dass dies seit Langem so ist. Wandel und Fortschritt vieler Schulen haben entscheidend mit dem Engagement der Lehrschwestern zu tun. Die ländlich-kommunalen Schulen in den katholischen Kantonen verdanken ihnen viel. Und noch etwas: Die Schwestern durchbrachen Rollenklischees und förderten die Emanzipation der Frau. Dank ihnen konnten schon früh auch weltliche Frauen Lehrerin werden – allerdings um den Preis des pädagogischen Zölibats: Sie blieben „Fräulein“.

7'000 Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen ausgebildet

Das Wirken der jungen Kongregation stiess auf grosse Resonanz. Die Zahl der Schwestern stieg schnell, ebenso der Eintritt neuer Schülerinnen. Das Pensionat wuchs, das Lehrerinnenseminar wurde ständig ausgebaut und verlängert, zuerst auf zwei, dann schrittweise auf fünf Jahre. Gegen 7'000 Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen bildeten die Schwestern aus.

Den rasanten Umbruch im wirtschaftlichen Boom der Nachkriegszeit und im zivilisatorischen Fortschritt der Moderne bekamen auch die kirchlichen Orden zu spüren. Den Menzinger Schwestern fehlten zunehmend jüngere Kräfte. Die Ordenseintritte nahmen ab, die Aufgaben aber zu. 2006 verliessen die letzten Absolventinnen das Lehrerinnenseminar „Bernarda“. Es hatte über 160 Jahre Bestand.



Veranstaltungshinweise (Veranstaltungen abgesagt)

25. März 2020: Der schiefe Turm von Pisa – Schüler und Lehrer im (Test-)Stress

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft

Referenten:

Prof. Dr. phil. Urs Moser (Universität Zürich)

Prof. Dr. phil. Carl Bossard
(Gründungsrektor PH Zug)

[Mehr...](#)



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Der schiefe Turm von PISA – Schüler und Lehrer im (Test-)Stress

MITTWOCH, 25. MÄRZ 2020, 18.30 – 20.30 UHR



Verein
Ostschweizer
Kinderärzte



OSTSCHWEIZER
KINDERSPITAL



9. Mai 2020: Time for Change III: Balsam für die Lehrerseele.

Schule als Ort von Freiheit, Fachlichkeit und Dialog

Wann: Samstag, 09. Mai 2020, 09.30-17.00

Wo: Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Hörsaal II

Nach den Jahrzehnten der PISA-Reformen sind das deutsche Bildungswesen, das Ansehen und die Rolle der Lehrkraft ziemlich ramponiert. Der inszenierte Wandel muss aufhören! Es ist Zeit, dass sich kategorisch etwas ändert, damit die Schule wieder genesen kann.

Die Kölner GBW-Tagung »Time for Change III« begibt sich auf die Suche nach den Quellen einer guten Schule. Welchen Beitrag leisten dazu pädagogische Freiheit, Fachlichkeit und der zwischenmenschliche Dialog? Worin besteht die Kunst, eine gute Lehrerin oder ein guter Lehrer zu sein? Wie können die verheerenden Wunden der „Neuen Lernkultur“ geheilt werden? Notieren Sie sich bitte den Termin!

[Mehr...](#)



Time for Change? – Teil III:
Balsam für die Lehrerseele
Schule als Ort von Freiheit,
Fachlichkeit und Dialog

Tagung, Samstag, 09. Mai 2020, 09.30-16.30 Uhr

Lehrstuhl für Allgemeine und Historisch-Systematische Pädagogik,
Universität zu Köln, Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften.

in Kooperation mit:
Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
Bergische Universität Wuppertal, Fakultät für Design und Kunst,
Lehr- und Forschungsgebiet Kunstpädagogik

